ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Regling, Horst

Article — Digitized Version

Brauchen wir wirklich mehr Akademiker?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Regling, Horst (1969) : Brauchen wir wirklich mehr Akademiker?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 1, pp. 32-37

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133928

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bildung und Forschung

Brauchen wir wirklich mehr Akademiker?

Horst Regling, Hamburg

Die bildungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik ist nicht frei von Widersprüchen: Während einerseits seit Jahren „wissenschaftlich" ein Bildungsdefizit nachgewiesen wird, dessen Beseitigung finanzielle Aufwendungen in astronomischer Größenordnung erfordern würde, zeichnet sich andererseits trotz günstiger Konjunkturlage auf einigen Gebieten bereits ein zunehmendes Überangebot an akademischen Arbeitskräften ab. Die Ursachen für diese Fehlentwicklung liegen nicht ausschließlich in der bisherigen Bildungspolitik, sondern vor allem auch in der wenig flexiblen Haltung der Unternehmer, die noch nicht in der Lage sind, das wachsende Angebot hochqualifizierter Kräfte wirkungsvoll einzusetzen. Der Autor des folgenden Beitrags betrachtet lediglich die ständig wachsende „Produktion" von Hochschulabsolventen. Seine provokativen Thesen werden hiermit zur Diskussion gestellt.

Die seit Jahren international geführte bildungspolitische Diskussion setzte von Anfang an für die Bundesrepublik (betont) negative Akzente: Als Initialzündung für die ins entscheidende Stadium tretende Erörterung erwies sich dabei eine vergleichende Studie der OECD aus dem Jahre 1963 [1]), der in kurzem Abstand eine Fülle von Veröffentlichungen folgte, in denen einhellig für die Bundesrepublik ein Bildungsdefizit nachgewiesen wurde, das in der internen politischen Diskussion sehr bald als „Bildungsnotstand" bezeichnet wurde [2]). Motiviert war diese zunächst von Sozialökonomen, später von Bildungspolitikern und publizistischen Organen aller Schattierungen erhobene Anklage im wesentlichen durch zwei Phänomene:

Einerseits erlaubten die durch die verschiedenen Wachstumstheorien verfeinerten Methoden kausaler Zuordnung die eindeutige Aussage, daß Bildungsausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung einen außerordentlich hohen Nutzen aufweisen. Aus diesem Grunde wurde auch sehr bald ganz allgemein nur noch von „Bildungsinvestitionen" gesprochen. Anhand einer Reihe von Einzeluntersuchungen wurde anschließend der Versuch unternommen, den Wert spezifischer Ausgabenkategorien quantitativ nachzuweisen. Daraufhin setzte sich allgemein der Eindruck durch, daß die für Bildungszwecke verausgabten Beträge eine überdurchschnittliche Verzinsung aufzuweisen haben. Da die hieraus anfallenden Erträge nicht nur dem besser ausgebildeten Personenkreis in Form höherer Einkommen zufließen, sondern in vielfältiger Form der Allgemeinheit zugute kommen, wurde darüber hinaus, ergänzt durch sozialpolitische Erwägungen, die Forderung erhoben, der Staat solle auf diesem Sektor seine Anstrengungen intensivieren.

Internationaler Vergleich

Andererseits konnte dieser Forderung noch dadurch Nachdruck verliehen werden, daß anhand einer Reihe statistischer Kennziffern der Nachweis gelang, daß die bildungspolitische Aktivität der Bundesrepublik im internationalen Vergleich durch eine alarmierende Rangfolge ge-

[1]) Resources of Scientific and Technical Personnel in the OECD-Area, Statistical Report of the Third International Survey on the Demand for and Supply of Scientific and Technical Personnel, Paris 1963, Hrsg. OECD.

[2]) Die ersten Versuche, den Bildungssektor mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Methoden zu erfassen, reichen in die frühen 50er Jahre zurück. Das Verdienst, im deutschsprachigen Raum als einer der ersten auf diesem Gebiet mit zahlreichen Veröffentlichungen hervorgetreten zu sein, kommt dabei Friedrich Edding zu, dessen Schrift: „Ökonomie des Bildungswesens, Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition", Freiburg 1963, in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung verdient. Dieser mit einer mustergültigen Bibliographie ausgestattete Sammelband faßt die Entwicklung der bildungspolitischen Diskussion bis zum Jahre 1963 zusammen. Er kann aber in wesentlichen Teilen als repräsentativ für die theoretische Diskussion der folgenden Jahre angesehen werden und bietet sich deshalb als Beleg für eine Reihe der in diesem Aufsatz wiedergegebenen Thesen an.

kennzeichnet war: So rangierte die Bundesrepublik beispielsweise nach den Berechnungen der bereits erwähnten OECD-Studie bezüglich der Anzahl der „Immatrikulierten an Hochschulen im Verhältnis zur Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen" im Jahre 1963 mit einer Quote von 4,2 % noch hinter Griechenland, Dänemark und Großbritannien und lag damit in einem 15-Länder-Vergleich, bei dem die Sowjetunion nicht einmal enthalten ist, an letzter Stelle [3]). Und in einer gerade veröffentlichten EWG-Studie werden für das Jahr 1966 pro 1000 Einwohner in Frankreich 9, Belgien 8, Niederlande 7 sowie Italien und Deutschland 6 Studenten ausgewiesen; dazu findet sich noch der deutliche Hinweis, daß die entsprechenden Werte der USA und Japans beträchtlich über dem Durchschnitt der europäischen Staaten liegen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis führte ein von F. Edding [4]) für das Jahr 1960 aufgestellter Vergleich der Bildungsausgaben in Prozent des Volkseinkommens: Unter 13 Ländern, wiederum ohne Berücksichtigung der Ostblock-Staaten, lag die Bundesrepublik hierbei mit 3,79 % noch hinter Frankreich, Dänemark und Großbritannien an vorletzter Stelle, gefolgt lediglich von Indien. Diese besorgniserregenden Perspektiven verschlimmerten sich noch dadurch, daß die ermittelten Ergebnisse unter der ceteris-paribus-Klausel in die Zukunft hinein projiziert wurden: Den Berechnungen des bereits erwähnten internationalen Vergleichs der OECD zufolge werden beispielsweise 1970 fast 80 von 100 Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppe in den Vereinigten Staaten die Hochschulreife besitzen. Mit weitem Abstand folgen sodann Jugoslawien, Griechenland, Norwegen, Schweden und Frankreich, bei denen die Quote zwischen 19 % und (fast) 26 % liegt. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt in diesem 15-Länder-Vergleich wiederum die letzte Stelle ein.

Fragwürdige Planziele

Obwohl schon frühzeitig Vorbehalte hinsichtlich der Vergleichbarkeit der verschiedenen Kennziffer-werte angemeldet wurden [5]), forderte doch der gravierende Rückstand der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der proklamierten Wachstumseffizienz von Bildungsausgaben dazu heraus, daß eine Reihe von Autoren und Gremien mehr oder weniger detaillierte Verbesserungsvorschläge erarbeitete.

Dabei wurde die Betonung in fast allen Analysen übereinstimmend auf die quantitative Ausweitung der Abiturienten- und Studentenzahlen gelegt, wobei nach „landläufiger Meinung" in absehbarer Zukunft eine Studentenzahl von 500 000, wenn nicht gar 600 000 erforderlich sein wird (zum Vergleich betrug die Zahl der Studienanfänger der Jahre 1960 bis 1964 313 729, wobei mit einer durchschnittlichen Erfolgsquote von 75 % gerechnet werden kann) [6]).

Phantastische Ausmaße erreichten diese „Prognosen" spätestens dann, wenn es galt, den mit den vorgeschlagenen Maßnahmen verknüpften Aufwand zu kalkulieren. Angesichts der begrenzten öffentlichen Mittel stellte sich deshalb unter wirtschaftspolitischem Aspekt sehr bald die Frage, ob Forderungen in derart astronomischer Größenordnung realistisch sind.

Notwendige Prioritäten

Nachdem sich die finanzielle Undurchführbarkeit der weit gesteckten bildungspolitischen Planziele herausgestellt hatte, machte man sich konsequenterweise erstmals daran, innerhalb der verschiedenen Arten von Bildungsausgaben Prioritäten zu setzen. In diesem Sinne wurde beispielsweise der erforderliche Bedarf für Sachinvestitionen von den dazugehörigen Folgekosten sowie den die größten Zuwachsraten aufweisenden Personalausgaben getrennt. Aber man war auch bemüht, den Bedarf einzelner Berufsgruppen, wie Naturwissenschaftler, Ingenieure, Sozialwissenschaftler sowie insbesondere Pädagogen, in detaillierter Form für die zu erwartenden Anforderungen zu berechnen.

Das Verfahren einer differenzierten Aufschlüsselung des Bedarfes an akademischen Arbeitskräften erhöhte aber nicht nur die Übersichtlichkeit, sondern provozierte gerade wegen der damit verbundenen besseren Überprüfbarkeit der angestrebten Planziele auf manchen Gebieten einen grundsätzlichen Zweifel an der Größenordnung der Ansätze. Trotz der als gesichert geltenden Erkenntnis, daß die moderne technisierte Industriegesellschaft eine wachsende Rate qualifizierter, und das heißt nicht zuletzt akademisch ausgebildeter Arbeitskräfte braucht, konnten die auf dem Wege globaler internationaler Vergleiche ermittelten, jetzt in konkrete Anforderungen umgesetzten Werte nur selten überzeugen.

---

[3]) Wolfgang Michalski: Gesellschaftliche Großaufgaben und die Verwendung der öffentlichen Mittel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Einkommen in öffentlicher Hand, Düsseldorf 1966, S. 88 f.

[4]) Friedrich Edding: Expenditure on Education, Conference on the Economics of Education, Menthon St. Bernard, Aug./Sept. 1963; unveröffentlichtes Manuskript. Zitiert in: Einkommen in öffentlicher Hand, a. a. O., S. 308.

[5]) Die problematische Abgrenzung des Begriffes „Student", die als „müßiger Streit der Wertigkeit der Hochschulen" abgetan wird, geht aus einem weiteren Zahlenvergleich hervor, demzufolge 1965 von den 22jährigen (24jährigen) in Deutschland 8,6 % (5,7 %), Frankreich 6,3 % (3,9 %), Italien 6,9 % (4,4 %), Niederlande 6,1 % (3,9 %), Belgien 6,9 % (2,9 %), Luxemburg 7,6 % (3,6 %) „in den Hörsälen saßen". Vgl. Europäische Bildungsstatistik: Wettlauf um die Zukunft – Deutschland liegt schlecht im Rennen, Europäische Gemeinschaften Nr. 52, 1968, S. 5.

[6]) Hajo Riese: Die Entwicklung des Bedarfes an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1967, S. 97 f.

Verstärkt wurden diese Bedenken noch dadurch, daß sich in der beruflichen Praxis die Fälle häuften, in denen Hochschulabsolventen verschiedener Fakultäten Schwierigkeiten beim Eintritt ins Berufsleben entstanden. So können die Arbeitsämter, wie erst kürzlich von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg hervorgehoben wurde [7]), beispielsweise Juristen, Volks- und Betriebswirten, Politologen, Soziologen oder Psychologen in zunehmendem Maße keine der beruflichen Ausbildung adäquate Anstellung vermitteln; in vielen Fällen weisen die Anfangsgehälter der Absolventen dazu noch seit Jahren eine fallende Tendenz auf.

Überangebot akademischer Arbeitskräfte

Diese — insbesondere angesichts der gegenwärtigen günstigen Konjunkturlage — wenig ermutigenden Aussichten werden noch durch das gerade veröffentlichte Ergebnis einer Umfrage bestätigt, die die Frankfurter Allgemeine Zeitung bei mehr als 50 deutschen Firmen (Industrie, Handel, Banken, Versicherungen und andere Dienstleistungsgewerbe) über den Bedarf der gewerblichen Wirtschaft an Akademikern und Abiturienten durchgeführt hat [8]). Die sehr globale Frage: „Betrachten Sie Ihren Bedarf an Akademikern und Abiturienten gegenwärtig als gedeckt?" wurde gegenüber einer vergleichbaren Umfrage vor drei Jahren von einer wachsenden Zahl von Firmen bejaht, wobei drei Viertel aller befragten Betriebe in den Sparten Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Jura von einem Überangebot an Arbeitskräften sprechen. Unter den vielfältigen, teils sehr detaillierten Stellungnahmen aus allen Bereichen der Wirtschaft verdient die Äußerung des Leiters eines Chemiekonzerns, der zugleich Hochschullehrer ist, besondere Beachtung: „Ohne Zweifel besteht gegenwärtig ein Mißverhältnis zwischen dem Bedarf unserer Wirtschaft an den einzelnen Berufsgruppen und der beruflichen Zusammensetzung der Universitätsabsolventen. Abgesehen von den volkswirtschaftlichen Nachteilen dieser Entwicklung ist es für die Betroffenen meist schmerzlich, wenn sie durch ungenügende Beratung oder einseitige Vorbildung auf der Schule einen Beruf wählen, der sie auf Lebenszeit anderen gegenüber materiell benachteiligt. Viele Extreme unserer Zeit entspringen beruflicher Enttäuschung und ihren gesellschaftlichen Folgen für den einzelnen. So manche unbefriedigende Berufswahl entspricht nicht einer eindeutigen Begabungs-Richtung, sondern unzureichender Information." Und ein Personalberater mit umfangreicher industrieller Praxis berichtete: „Überhaupt kein Bedarf besteht an Politologen und Soziologen; die Ermunterungen zu diesem Studium sind verantwortungslos. Minimal ist der Bedarf an Psychologen. Bei Volkswirten und Juristen besteht ein deutlicher Überhang. Diplom-Kaufleute und Betriebswirte finden auf dem Stellenmarkt Aufnahme, aber zögernd."

Wohlgemerkt, alle diese Angaben beziehen sich auf die gegenwärtige, überaus günstige Konjunkturlage; während der Rezession im Jahre 1967 gab es selbst in den Ingenieursberufen mehr Stellensuchende als offene Stellen. Auch wenn berücksichtigt wird, daß sich die meisten Vermittlungen auf privatem Wege, insbesondere über die Stellenanzeigen der Tageszeitungen abwickeln, erscheint es doch bedenklich, wenn bei der Bundesanstalt gegenwärtig bei Juristen auf ein Stellenangebot fünf Arbeitsuchende (60 : 300) entfallen, während das Verhältnis von Bewerbungen zu Angeboten bei den Volks- und Betriebswirten 3 : 1 beträgt (175 : 58).

Produktive Bildungsaufgaben?

Angesichts dieser Entwicklung geriet auch das verallgemeinerte Postulat von der überdurchschnittlichen Produktivität der Bildungsausgaben ins Wanken: Einerseits war diese Behauptung von den Bildungstheoretikern nur allzuoft mit den höheren Gehältern akademisch ausgebildeter Arbeitskräfte begründet worden (die allgemeine Tendenz sinkender Gehälter für eine Reihe akademischer Berufe erzwingt deshalb eine Revision der so ermittelten Ergebnisse), andererseits wurde die betonte überdurchschnittliche ökonomische Effizienz von Bildungsausgaben auch von seiten der Praxis in zunehmendem Maße in Frage gestellt.

Das häufig zu beobachtende Phänomen, daß für eine bestimmte Tätigkeit synonym graduierte oder diplomierte Ingenieure, Betriebswirte oder Diplom-Kaufleute, häufig auch erfahrene Praktiker oder Akademiker angefordert werden, ließ für viele den spezifischen Wert einseitig ausgerichteter theoretischer Ausbildung, wie sie von den deutschen Universitäten überwiegend vermittelt wird, zweifelhaft erscheinen. So fehlte es in letzter Zeit auch nicht an entsprechenden Hinweisen, etwa des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) oder der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, deren Vorsitzender Siegfried Balke unlängst seine Befürchtung vor einer durch die Bildungswerbung der letzten Jahre verursachten „Abiturientenlawine" zum Ausdruck brachte. Nach seiner Auffassung benötige unsere Volkswirtschaft wesentlich mehr hervorragend ausgebildete und gebildete Nachwuchskräfte in den unteren und mittleren Rängen, die man zugunsten

[7]) Von der Bundesanstalt wurde Anfang des Jahres das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" in Erlangen mit dem Ziel gegründet, fundierte Untersuchungen über den Stand und die Entwicklung des Arbeitsmarktes zu erarbeiten.

[8]) Schon zu viele Wirtschafts-Wissenschaftler? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 273 vom 23. 11. 1968.

der übersteigerten Nachwuchszahlen für die oberen Führungsränge heute der Verkümmerung preisgeben würde. Auf dem „1. Darmstädter Ingenieurschultag" machte Balke darauf aufmerksam, daß an den 128 öffentlichen und 14 privaten (staatlich anerkannten) Ingenieurschulen der Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahren dem Bedarf entsprechend zügig ausgebaut wurden und an denen im Wintersemester 1966/67 rd. 62 000 Studierende gezählt wurden, wegen der in letzter Zeit stagnierenden Studentenzahlen die ernste Sorge über konstant brachliegende Ausbildungskapazitäten aufgetreten sei. — Aber selbst da, wo die Praxis dringend hochqualifizierte Arbeitskräfte mit einem breiten Fundus an technischem und naturwissenschaftlichem Sachverständnis braucht, wurde, wie z. B. auf den Hauptversammlungen der großen Chemie-Unternehmen, häufig die Mahnung vorgetragen, das Studium nicht zu lange auszudehnen und insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die jungen Akademiker möglichst früh in die Berufslaufbahn eintreten und nicht als wissenschaftliche Hilfskräfte ohne eine echte Chance für eine akademische Laufbahn allzulange nach Abschluß des Studiums am alten Platz verbleiben.

Widersprüchliches Verhalten

Auch wenn in Rechnung gestellt werden muß, daß der Bedarf an akademischen Arbeitskräften von den führenden Männern der Wirtschaft noch nicht in allen Fällen richtig eingeschätzt wird, konnte doch die gezeigte Entwicklung von den verantwortlichen Bildungspolitikern nicht ignoriert werden. So hat beispielsweise Bundesforschungsminister Stoltenberg wiederholt darauf hingewiesen, daß nach seiner Einschätzung höhere Aufwendungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nicht mehr gerechtfertigt erscheinen und daß sich die bildungspolitischen Aktivitäten statt dessen auf eine verstärkte Förderung der naturwissenschaftlichen Ausbildung richten sollten. Gleichzeitig konnte er darauf verweisen, daß die Wissenschafts-Aufwendungen des Bundes in den letzten Jahren beträchtliche Zuwächse zu verzeichnen hatten — sie erhöhten sich von 2,70 Mrd. DM 1966 auf 3,69 Mrd. DM 1968 — und daß sie in der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahre 1972 von allen Ausgabekategorien die höchsten Zuwachsraten aufweisen. Allein für die Ansätze des „Einzelplanes 31" des Bundesministeriums für Wissenschaftliche Forschung ist eine Steigerung von 1,92 Mrd. DM 1968 auf 4,00 Mrd. DM 1972 vorgesehen, wobei die Zuwächse im wesentlichen der Förderung elektronischer Projekte zugute kommen sollen. Von einer übertriebenen Vernachlässigung der auf diesem Sektor gestellten Aufgaben könne deshalb nicht die Rede sein.

Demgegenüber suchte ein nicht geringer Teil der verantwortlichen Kultusminister der Länder, die in dieser Frage häufig unter dem Druck der Landesparlamente agierten, sein Heil in dem zügigen Ausbau bzw. der Neugründung von Universitäten, wobei allerdings auffallen mußte, daß bei diesen Maßnahmen die von verschiedenen Seiten empfohlenen und vom Bundeswissenschaftsministerium unterstellten Prioritäten nicht berücksichtigt wurden.

Unvollständige Argumente

Gegenüber diesen vereinzelten Stellungnahmen der Praxis sowie eines Teiles der Bildungspolitiker — in der theoretischen Diskussion stellen derartige Aussagen bisher die Ausnahme von der Regel dar [9]) — herrscht in der öffentlichen Meinung und den sie informierenden publizistischen Organen doch überwiegend die Meinung vor, daß die in Angriff genommenen und geplanten bildungspolitischen Aktivitäten beträchtlich hinter den vorgegebenen, nach wie vor unzureichend präzisierten Anforderungen zurückgeblieben sind. Entsprechend hat in diesen Kreisen die These vom globalen Bildungsdefizit mit der dahinterstehenden Vorstellung, daß die Erhöhung jeder Art von Bildungsausgaben effizient und damit dringend erforderlich sei, nichts an Zugkraft eingebüßt.

Abschließend stellt sich deshalb die Frage, weshalb das einen großen Teil der Studentenschaft betreffende Überangebot an akademischen Arbeitskräften, das sich in einigen quantitativ gewichtigen Fakultäten noch erheblich auszuweiten droht, in der vorherrschenden Diskussion bisher weitgehend ignoriert worden ist. — Dabei werden in Beantwortung dieser Frage einige provokative Thesen aufgestellt, die vielleicht dazu beitragen können, die bildungspolitische Diskussion aus ihren eingefahrenen Gleisen herauszuführen.

Quantität ohne Qualität

☐ Der verstärkte Ausbau der wissenschaftlichen Tätigkeit internationaler Organisationen wie der UNO, der OECD oder der EWG, aber auch der Aufbau nationaler Forschungsinstitute trug wesentlich zur Gewinnung statistischer Elementardaten bei. Diese Daten waren Voraussetzung oder Ergebnis der Absicht, spezifische wirtschaftliche Aktivitäten auf dem Wege eines internationalen Vergleiches aneinander zu messen und zu beurteilen. Dem Wunsch, ein plausibles Ergebnis zu präsentieren, fiel dabei häufig unbewußt die Genauigkeit zum Opfer, indem Unvergleichbares miteinander verglichen wurde. Die Gleichsetzung von

[9]) Die wohl profilierteste Ausnahme ist die von Hajo Riese angestellte Untersuchung mit dem Titel: „Die Entwicklung des Bedarfes an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland", Wiesbaden 1967.

amerikanischer High-School und deutscher Oberschule ist ein Beispiel dafür. Oder wie sonst soll das Ergebnis der OECD-Studie aus dem Jahre 1963 für die Verhältnisse der Bundesrepublik interpretiert werden, demzufolge 1970 fast 80 % der Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppen in den Vereinigten Staaten die Hochschulreife besitzen sollen? Ist es unter dem Gesichtspunkt notwendiger Effizienz vertretbar, Raumpflegerinnen, Zigarettenverkäufer, Zugschaffner, Bademeister oder Nachtwächter mit dem Abitur auszustatten? Und ist dieses Ziel ohne eine Senkung der entsprechenden Anforderungen überhaupt erreichbar? Gerade weil derartige qualitative Erörterungen weitgehend unter den Tisch fallen, wenn sie nicht gar als rückständig diffamiert werden, erscheint der Zweifel berechtigt, daß ein Teil der von einigen Politikern mit Stolz präsentierten rasanten Zuwächse der Abiturientenzahlen zu Lasten des Niveaus dieser Qualifikation gegangen ist. Gegen ein solches Vorgehen wäre nichts einzuwenden, wenn diese Politiker die Konsequenzen bewußt in Kauf nähmen und auch zum Ausdruck brächten. Es hat aber den Anschein, daß mit einer solchen Inflationierung, wegen eines reinen Zahlenfetisches, lediglich der Weg des geringsten Widerstandes eingeschlagen wird, mit der Folge, daß die erforderlichen Neuregelungen auf die lange Bank geschoben werden.

Abnehmende Ertragszuwächse

☐ Die aus der Wachstumstheorie abgeleitete Erkenntnis, daß Bildungsausgaben eine überdurchschnittliche Effizienz aufweisen, darf nicht verabsolutiert werden. Daß auch auf diesem Sektor irgendwann sinkende Ertragszuwächse anfallen, wird schon dadurch klar, daß 100 % aller in der Ausbildung Befindlichen mit dem Abitur oder gar dem Diplom abschließen würden. Zwar mag es zutreffen, daß ein Akademiker als mittlerer Abteilungsleiter oder Buchhalter mehr zu leisten in der Lage ist als ein Mann der Praxis (obgleich schon das fraglich ist), dennoch bleibt zweifelhaft, ob dieses „Mehr" an Leistung die Kosten eines fünfjährigen Studiums rechtfertigt. Insofern müßten aus dem Tatbestand, daß die Bundesrepublik hinsichtlich der Studiendauer und des Alters der Hochschulabsolventen international an der Spitze liegt, die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Diese Forderung wird durch das dargelegte partielle Überangebot an Akademikern noch unterstrichen.

Bedarfszuwachs und Ersatznachfrage

☐ Die Tatsache, daß die in den beiden vorhergehenden Thesen zum Ausdruck gebrachte Skepsis in neueren Veröffentlichungen, insbesondere derjenigen von Hajo Riese, zum Teil berücksichtigt oder sogar geteilt wird, kann indirekt als Bestätigung dafür angesehen werden, daß man seitens der Wissenschaft ursprünglich übers Ziel hinausgeschossen war. Zwar entspricht dieses Vorgehen durchaus dem in Geisteswissenschaften üblichen dialektischen Denkprozeß, der auf dem Wege von These und Antithese ein höheres Niveau der Erkenntnis anstrebt; um so mehr aber muß der Absolutheitsanspruch bedenklich stimmen, mit dem die jeweiligen Argumente vorgetragen werden. Dieser Anspruch steigert sich gewöhnlich noch in dem Maße, in dem die Thesen statistisch belegt und quantitativ abgesichert werden können. Der Möglichkeit, daß Variationen in den Denkansätzen das exakt ermittelte Ergebnis wesentlich abzuändern vermögen, wird dabei nur ungenügend Rechnung getragen. In einer Reihe von Projektionen wurde der zukünftige Bedarf an akademischen Arbeitskräften auf dem Wege einer Trendextrapolation ermittelt, man setzte also voraus, daß sich der Bedarf in der Zukunft genauso entwickeln wird wie in der Vergangenheit. – Demgegenüber unterteilt Hajo Riese in seiner Studie die Gesamtnachfrage nach Hochschulabsolventen in den Bedarfszuwachs und die Ersatznachfrage einer Periode [10]). Dadurch, daß er unterstellt, „daß die aufgrund des schnelleren technischen Fortschrittes nach 1948 erforderlich gewordene Expansion der Studentenzahlen bereits weitgehend stattgefunden hat und nicht erst bevorsteht", kommt er zu dem Ergebnis, daß die heutigen Studentenzahlen, die mit wenigen Ausnahmen nur noch der Befriedigung der Ersatznachfrage dienen, im großen und ganzen bis etwa 1990 den ökonomisch und gesellschaftlich bestimmten Bedarf an akademisch gebildeten Fachkräften zu decken in der Lage sind [11]).

Mißbrauchte Wissenschaft

Dieses Beispiel mag verdeutlichen, wie problematisch es ist, wenn die aus einer einmaligen Situation gewonnenen Erfahrungen verallgemeinert und vorschnell mit politischen Forderungen verknüpft werden. Verschärfend wirkt sich in dieser Hinsicht dann allzuoft noch die Tatsache aus, daß die von der Wissenschaft überzeichnete Darstellung ihrerseits von einer sensationsheischenden Publizistik nochmals dramatisiert dem „wissenschaftsgläubigen" Publikum feilgeboten wird. Der Zirkelschluß vom „allgemeinen Wählerwillen" zu den entsprechenden politischen Aktionen läßt dann häufig nicht mehr allzulange auf sich warten.

Wohlgemerkt, es sollte mit diesen Thesen keineswegs in Abrede gestellt werden, daß in der Vergangenheit auf dem Bildungssektor ein beträcht-

[10]) H. Riese, a. a. O., S. 93 ff.
[11]) H. Riese, a. a. O., S. 99.

licher Nachholbedarf zu bewältigen war, der auf einigen Gebieten auch heute noch fortbesteht. Vielmehr war beabsichtigt, jenen Stimmen entgegenzutreten, die immer noch glauben machen wollen, daß in der Bundesrepublik allenthalben und in unvorstellbarem Maße ein Bildungsdefizit besteht, so daß wir Gefahr laufen, die „Dorftrottel Europas" zu werden, wie es erst kürzlich von einer bekannten Boulevardzeitung mit Bezug auf eine in diesen Tagen veröffentlichte EWG-Studie dargestellt wurde. Aber auch in anspruchsvolleren Blättern, Rundfunk oder Fernsehen wird von der Sache her kaum anders argumentiert.

Im übrigen stand hier die berufliche Effizienz des Bildungssystems zur Debatte. Eine entscheidende Änderung der Struktur des Bildungswesens wird allerdings dann unumgänglich, wenn das Grundrecht auf Bildung in vollem Umfang verwirklicht werden soll [12]). Als Vorbedingung hierfür müßte dann die qualitative Struktur unseres Bildungssystems einer eingehenden, kritischen Analyse unterzogen werden, denn mehr noch als bei dem von uns untersuchten Aspekt des Leistungswissens dürfte sich hier die in der Diskussion vorherrschende Verwechslung von quantitativen und qualitativen Maßnahmen als schwerwiegende Belastung herausstellen.

[12]) Das Grundrecht auf Bildung kommentierte Jürgen Eick am 6. 9. 1968 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung lakonisch mit den Worten: „Bildungspolitiker, die mit dem Pathos des „Rechts auf Bildung" immer mehr Menschen geradezu blindlings zum Studium treiben, haben es natürlich leichter als die Betroffenen, die sich eines Tages bitter enttäuscht fragen: Wozu habe ich studiert, wenn ich keine Stelle finde, die dem Studium entspricht?".

Staatliche und private Forschung in der Marktwirtschaft

Dr. Ludwig Losacker, Köln *)

Der Prozeß „technischer Fortschritt" hat eine zweidimensionale Struktur. Unabhängig von der Organisation der Gesellschaft erfolgt er auf zwei Ebenen: der makro- und der mikroökonomischen.

Ansatzpunkte der Forschungspolitik

Die makroökonomische Ebene umfaßt den Bestand des wissenschaftlichen und technischen Wissens, über den eine Volkswirtschaft verfügen kann. Wissen und technologische Erkenntnisse allein machen aber noch keinen technischen Fortschritt aus. Sie müssen in ökonomisch effizientere Produktionsverfahren, in neue Güter und Dienste umgesetzt werden, d. h. der Nutzungsgrad des vorhandenen Wissens — seine Umsetzungsgeschwindigkeit — ist entscheidend. Dies ist der mikroökonomische Aspekt des technischen Fortschritts.

Aus dieser zweidimensionalen Struktur ergeben sich folgende Ansatzpunkte für eine ordnungskonforme Forschungs- und Entwicklungspolitik zur Beeinflussung des technischen Fortschritts:

- ☐ Erweiterung des Bestandes an technischem Wissen.
- ☐ Intensivierung der Verbreitung dieses Wissens.
- ☐ Beschleunigung der Umsetzung dieses Wissens, des Technologietransfers.

Die Frage lautet nun, wer für diese Bereiche zuständig sein soll.

Prinzipielle Aufgabenteilung

In einer marktwirtschaftlich bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die mikroökonomische Dimension des technischen Fortschritts notwendigerweise privatwirtschaftlich organisiert. Die Umsetzung der technologischen Erkenntnisse in bessere Produktionsverfahren und marktfähige Güter und Dienstleistungen — die Produkt- und Prozeßinnovation — ist ein Bestandteil der marktorientierten, unternehmerischen Produkt-, Prozeß- und Investitionsplanung. Damit werden die angewandte Forschung und Entwicklung, die den technischen Fortschritt in der Endphase bestimmen, prinzipiell zu einer unternehmerischen Aufgabe.

Das Schwergewicht der staatlichen Aktivität liegt dagegen in der Gestaltung der vorgelagerten makroökonomischen Ebene. Der Staat hat in

*) Gekürzte und überarbeitete Fassung des Vortrages von Dr. Losacker vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft: „Der gesamtwirtschaftliche Vorteil privatwirtschaftlicher Forschung". Ein Protokoll mit dem vollständigen Wortlaut aller Referate und Diskussionsbeiträge erscheint demnächst als ASM-Tagungsprotokoll Nr. 32 „Freiheitliche Politik für eine freie Welt" im Verlag Martin Hoch, Ludwigsburg.